



Amtsblatt

für den

Landkreis Hannover

JAHRGANG 1984

HANNOVER, DEN 2. FEBRUAR 1984

NR. 5

INHALT	SEITE
A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES HANNOVER	
Haushaltssatzung des Landkreises Hannover für das Haushaltsjahr 1984	47
B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN	
1. Gemeinde Burgwedel	
Haushaltssatzung der Gemeinde Burgwedel für das Haushaltsjahr 1984	48
2. Stadt Garbsen	
Bebauungsplan Nr. 4/20 D - Nord - „Erlenweg“ Stadtteil Berenbostel	48
3. Stadt Gehrden	
Festsetzung der Grundsteuer 1984 in der Stadt Gehrden	49
Örtliche Bauvorschrift über die Gestaltung für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 5 Leveste	50
4. Gemeinde Hemmingen	
Haushaltssatzung der Gemeinde Hemmingen für das Haushaltsjahr 1984	50
5. Stadt Lehrte	
Pflichtprüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.1982 bei der Städt. Wasserversorgung Lehrte	50
6. Stadt Neustadt a. Rbge.	
Haushaltssatzung der Stadt Neustadt a. Rbge. für das Haushaltsjahr 1984	51

7. Stadt Pattensen	
Bebauungsplan Nr. 135, Schäferkampsweg, OT Pattensen der Stadt Pattensen, Landkreis Hannover	51
8. Gemeinde Uetze	
Genehmigung der Änderung 4.2 des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Uetze	52
9. Gemeinde Wennigsen (Deister)	
Hauptsatzung der Gemeinde Wennigsen (Deister)	54
10. Stadt Wunstorf	
Haushaltssatzung der Stadt Wunstorf für das Haushaltsjahr 1984	56
Öffentliche Bekanntmachung über die Festsetzung der Grundsteuer 1984 in der Stadt Wunstorf	56
C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN	
Wasserversorgung Barsinghausen GmbH	
Jahresabschluß 1982 hier: Bestätigungsvermerk des Landkreises Hannover - Kommunalprüfungsamt -	57

gung Lehrte sowie der erteilten Aufklärungen und Nachweise die Buchführung und der Jahresabschluß 1982 den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und daß im übrigen auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Städtischen Wasserversorgung Lehrte wesentliche Beanstandungen nicht ergeben haben.

Hannover, den 19.01.1984

L.S. Kommunalprüfungsamt
des Landkreises Hannover
Breyer

STADT LEHRTE
Der Stadtdirektor
Dr. Saipa

6. Stadt Neustadt a. Rbge.

Haushaltssatzung der Stadt Neustadt a. Rbge. für das Haushaltsjahr 1984

Aufgrund des § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. in der Sitzung am 01. Dezember 1983 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1984 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1984 wird

im Verwaltungshaushalt	
in der Einnahme auf	63.795.300,00 DM
in der Ausgabe auf	63.795.300,00 DM

im Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	32.247.200,00 DM
in der Ausgabe auf	32.247.200,00 DM

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 1984 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird auf 22.865.000,00 DM festgesetzt.

Nachrichtlich:
Davon entfallen auf Umschuldungen
17.323.000,00 DM.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0,00 DM festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 1984 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000,00 DM festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 1984 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) 320 v.H.

b) für die Grundstücke
(Grundsteuer B) 320 v.H.

2. Gewerbesteuer 345 v.H.

§ 6

Über- und außerplanmäßige Ausgaben sind als unerheblich im Sinne des § 89 NGO anzusehen, wenn sie im Haushaltsjahr 5.000,00 DM je Haushaltsstelle nicht überschreiten.

Neustadt a. Rbge., den 01. Dezember 1983

STADT NEUSTADT A. RBGE.

Hahn Rohde
Bürgermeister L.S. Stadtdirektor

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1984 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach § 6 Abs. 3 in Verbindung mit § 92 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) und der Verordnung über die Genehmigungspflicht der Realsteuerhebesätze erforderlichen Genehmigungen sind durch den Landkreis Hannover – der Oberkreisdirektor – am 18. Januar 1984 unter dem Aktenzeichen 15/15 14 21/1 (11) erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 86 Abs. 2 NGO an sieben Tagen, beginnend mit dem Tage nach dieser Bekanntmachung, während der Dienststunden in der Stadtkämmerei in Neustadt a. Rbge., An der Liebfrauenkirche 7, Zimmer 1, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Neustadt a. Rbge., den 24. Januar 1984
- Stadtkämmerei - 20-21-01

Der Stadtdirektor
In Vertretung:
Opitz

7. Stadt Pattensen

Bebauungsplan Nr. 135, Schäferkampsweg, OT Pattensen der Stadt Pattensen, Landkreis Hannover

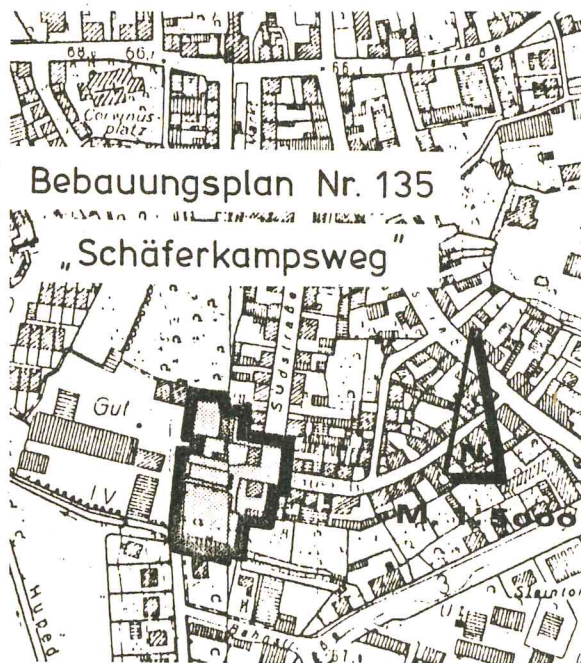
Gemäß § 12 des Bundesbaugesetzes (BBauG) wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß der Bebauungsplan Nr. 135, Schäferkampsweg, Ortsteil Pattensen der Stadt Pattensen, durch den Landkreis Hannover mit Verfügung vom 22.09.1983 (83 Az.: 606172-12/5-135 mit den nachstehenden Auflagen genehmigt wurde. Die Auflagen wurden in der Zwischenzeit erfüllt.

Auflagen:

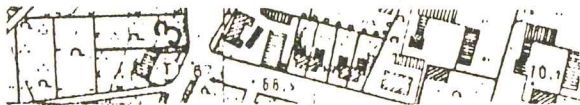
1. In der Begründung des Bebauungsplanes ist der Abwägungsvorgang und das Abwägungsergebnis umfassend darzustellen (vgl. Nr. 23.5.1 VV-BBauG).

2. Die Urschrift des Bebauungsplanes ist als solche zu kennzeichnen. Das gleiche gilt für die Mehrausfertigungen (vgl. Nr. 24.1 VV-BBauG).
3. Bei den Festsetzungen gemäß § 9 (1) BBauG „Geh-, Fahr- und Leitungsrechte“ fehlt die Angabe des Begünstigten.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist aus dem nachstehenden Lageplan 1 : 5000 ersichtlich. Erfaßt werden darin die Grundstücke Südstraße 16 - rückwärtiger Teil, Südstraße 18, Mauerstraße 23 und 25 sowie ein Gartengrundstück hinter der Mauerstraße 23 und die dazu geordneten öffentlichen Flächen.



Vervielfältigungserlaubnis erteilt am 25.2.1980
durch das Katasteramt Hannover
AZ.: AI 82/80



Der genehmigte Bebauungsplan Nr. 135, Schäferkampsweg, liegt mit Begründung im Nebengebäude des Rathauses der Stadt Pattensen, Hofstraße 2, Planungsamt, während der Sprechzeiten montags bis freitags 9.00 Uhr bis 11.30 Uhr sowie außerdem donnerstags 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Der Bebauungsplan Nr. 135, Schäferkampsweg, wird mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Gemäß den §§ 155 a Abs. 4 und 44 c Abs. 3 des Bundesbaugesetzes verweise ich auf die Bestimmungen dieses Gesetzes in den §§ 155 a Abs. 1 und 3 sowie 44 c Abs. 1 und 2. Danach ist eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung des Bebauungsplanes nach diesem Gesetz unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Dieses gilt nicht für die Verletzung von Vorschriften über die Genehmigung und diese Bekanntmachung des Bebauungsplanes.

Ferner kann Entschädigung verlangt werden, wenn die in den §§ 39 j (Vertrauensschaden), 40 (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme), 42 (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten), 43 (Entschädigung bei Bindungen für Bepflanzung) und 44 (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung) des Bundesbaugesetzes bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Entschädigungsanspruchs kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt wird. Der Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Pattensen, den 18.01.1984

STADT PATTENSEN
Der Stadtdirektor
Drücker

8. Gemeinde Uetze

Genehmigung der Änderung 4.2 des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Uetze

Die Bezirksregierung Hannover hat die Änderung 4.2 des Flächennutzungsplanes, Teilbereich in der Ortschaft Dollbergen, mit Verfügung vom 13.01.1981 - Az.: 309.5-21101.2/4.2-53/83 - gem. § 6 Bundesbaugesetz (BBauG) genehmigt.

Das Plangebiet ist nachstehend abgedruckt: